

Hinzu kommt, dass VN-Truppen aufgrund ihrer begrenzten Ressourcen nicht in der Fläche von Konfliktländern präsent sein können, sodass es in den Gebieten ohne VN-Präsenz weiter zur Gewalt gegen die Zivilbevölkerung kommt. Ein weiteres Problem ist die fehlende Bereitschaft der VN-Truppen, ein robustes Mandat auch anzuwenden. So gab es massive Kritik an der Zurückhaltung der Mission der VN für die Stabilisierung in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO), die sich nicht der mutmaßlich von Ruanda unterstützten Miliz M23 in der kongolesischen Provinz Nord-Kivu entgegengestellt und das Töten der Zivilbevölkerung hingenommen habe. Als einer der Gründe wurde von der VN genannt, dass man nicht selbst Krieg führen wolle, sondern zur Unterstützung des Friedensprozesses vor Ort sei (→ Deutsche Welle, 2023). Dieser fehlende Einsatz für den PoC-Ansatz auf der politischen Ebene erschwert einen robusten Schutz der Zivilbevölkerung. Daneben mangelt es häufig an entsprechend qualifiziertem und gut ausgerüstetem Personal. Deutschland sollte deswegen proaktiver Soldat:innen, Polizist:innen sowie Zivilpersonal entsenden, damit Mandate zur PoC durchgesetzt werden können. Es reicht nicht aus, viertgrößter Beitragszahler zum Haushalt der VN-Friedensmissionen zu sein.

2.4 ↙ Dilemmata humanitärer Hilfe

Viele Menschen haben 2024 unter bewaffneten Konflikten gelitten. Im Gazastreifen, wo die Lebensbedingungen für die Menschen besonders schwierig waren, sind 90 % der Bevölkerung – 1,9 Mio. Menschen – teilweise mehrfach binnenvertrieben. Die Infrastruktur ist fast komplett zerstört. Humanitäre Hilfe erreichte die dort lebenden Menschen nur unzureichend. Zwar kamen nach dem Waffenstillstand am 19. Januar 2025 kurzfristig mehr Hilfsgüter ins Land, statt 100 LKWs mit Hilfsgütern waren 600 LKWs pro Tag geplant, was jedoch kaum mehr als vor der Militäroperation Israels ist und bei weitem nicht den Bedarf deckt. Auch hat Israel zum Ende dieser ersten Waffenruhe Hilfsleistungen wieder blockiert.

13 Die zehn gefährlichsten Länder für humanitäre Helfer:innen (2024) Quelle → 2 /85				
Anzahl	Angriffe insgesamt	Getötet	Entführt	Verletzt
Palästina	271	212	0	59
Sudan	79	54	12	13
Südsudan	44	9	12	23
Nigeria	44	13	17	14
Libanon	40	15	0	25
Ukraine	31	11	0	20
Syrien	25	13	2	10
Jemen	24	2	20	2
DR Kongo	21	12	4	5
Somalia	18	9	2	7

Humanitäre Helfer:innen sind zunehmend und im wahrsten Sinne des Wortes unter Beschuss: Weltweit gab es im vergangenen Jahr 336 große Angriffe auf Mitarbeitende von Hilfsorganisationen, die meisten davon in den palästinensischen Gebieten (271 Angriffe) und im Sudan (79 Angriffe). In der Ukraine wurden 31 Angriffe dokumentiert. Insgesamt starben 378 vor allem lokale Mitarbeitende von Hilfsorganisationen durch Luftangriffe, Sprengungen, Beschuss und andere Anschläge, davon 212 im Gazastreifen und im Westjordanland → **13**. Auch die Empfänger:innen von Hilfsleistungen sind in Gefahr. In Gaza Stadt wurden bei einem israelischen Angriff mindestens 112 Menschen getötet, die auf Lebensmittellieferungen warteten. Laut Angaben der Hamas-geführten Gesundheitsbehörden starben in Gaza 45 Zivilist:innen bei einem Luftangriff auf ein Flüchtlingslager nahe Rafah.

Weltweit gibt es eine hohe Anzahl von Angriffen auf humanitäre Helfer:innen

GEFÄHRDUNG UND INSTRUMENTALISIERUNG HUMANITÄRER GRUNDSÄTZE IM GAZASTREIFEN

Aufgrund dieser massiven Angriffe und Evakuierungsanordnungen zogen sich humanitäre Organisationen teilweise aus dem Gazastreifen und dortigen Krankenhäusern zurück. Trotzdem versuchen viele Organisationen weiter, Hilfe zu leisten und medizinische Versorgung sicherzustellen. Damit dies in Zukunft gelingt, sollte Deutschland im Verbund mit seinen europäischen Partner:innen auf eine verlässliche Waffenruhe dringen.

Humanitäre Grundsätze werden von verschiedenen Konfliktparteien instrumentalisiert. Bereits in der Vergangenheit setzte die Hamas auf die Strategie, Menschen und zivile Infrastruktur als „menschliche Schutzschilde“ zu missbrauchen. Entsprechende Vorwürfe gibt es auch im aktuellen Krieg. Israel wirft dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) zudem vor, von der Hamas infiltriert zu sein, und unterstellte die Beteiligung von UNRWA-Mitarbeiter:innen am Massaker vom 7. Oktober 2023 (→ Israel National Digital Agency, 2025). Ein unabhängiger Expert:innenbericht im Auftrag der VN hat dies nicht bestätigt, wohl aber auf Probleme der Neutralität von UNRWA hingewiesen, die behoben werden müssten.

Als Reaktion hat Israel der humanitären Organisation Ende Januar verboten, auf dem Territorium des eigenen Staates zu arbeiten. Während die USA unter Präsident Donald Trump kurz nach dessen Amtseinführung per Dekret ihre Finanzierung zurückgezogen haben, halten andere – wie Deutschland – sowie NGOs an der Zusammenarbeit mit UNRWA fest, da es ein unverzichtbarer Bestandteil des Systems humanitärer Hilfe in der Region sei. Angeführt von Norwegen forderten einige Staaten in der VN-Generalversammlung den IGH dazu auf zu prüfen, ob Israels UNRWA-Verbot eine völkerrechtswidrige Behinderung humanitärer Hilfe darstellt.

Humanitäre Organisationen machen Israel ungewöhnlich deutlich für die Einschränkungen humanitärer Hilfe verantwortlich. 13 Hilfsorganisationen werfen Israel vor, Transporte von Hilfslieferungen in den Gazastreifen systematisch verhindert und verzögert zu haben (→ Action Aid et al., 2024). Ein Oxfam-Bericht bezichtigt Israel, Wasserknappheit als Kriegswaffe einzusetzen (→ Abdul Samad et al., 2024). Der Generalsekretär von Ärzte ohne Grenzen beschrieb im VN-Sicherheitsrat Israels Reaktion auf das Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023 als „war of collective punishment, a war without rules, a war at all costs“. Tödliche Angriffe auf humanitäres Personal, Hilfskonvois und Infrastruktur seien entweder Teil dieser Kriegführung oder „rücksichtslose Inkompetenz“ („reckless incompetence“) (→ Lockyear, 2024). Damit nehmen humanitäre Organisationen bei zentralen Fragen humanitärer Hilfe kein Blatt mehr vor den Mund, sondern politisieren diese: Sie weisen ausdrücklich darauf hin, dass in Gaza – so wie in der Ukraine – Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht verletzt werden. Dazu zählen die Behinderung von und Angriffe auf humanitäre Hilfe.

Humanitäre Organisationen politisieren Rechtsverstöße im Gazakrieg

UMSTRITTENE NEUTRALITÄT BEI DER HUMANITÄREN HILFE FÜR DIE UKRAINE

Humanitäre Hilfe wird auf lokaler Ebene kontrovers diskutiert, wie Forderungen in der ukrainischen Zivilgesellschaft nach unzweideutiger internationaler Solidarität zeigen (→ Ataii, 2023). In der Ukraine spielen lokale Organisationen und Behörden eine zentrale Rolle bei der Umsetzung humanitärer Hilfe. Diese vollzieht sich in einem Umfeld, das von einer aktiven Zivilgesellschaft, einem etablierten Sozialversicherungssystem und internationaler Solidarität geprägt ist. Gleichzeitig ist die enge Verflechtung von Militär und humanitärer Hilfe durch die ukrainische Regierung und ausländische Regierungen, die die Ukraine unterstützen, eine Herausforderung für die Wahrung humanitärer Neutralität.

Internationale humanitäre Organisationen verteidigen Neutralität als essenziell, um der Zivilbevölkerung auf beiden Seiten zu helfen und die Sicherheit ihrer Mitarbeitenden zu gewährleisten. Verstöße gegen dieses Prinzip in der Ukraine würden die Glaubwürdigkeit humanitärer Akteure weltweit untergraben. Die politisierte ukrainische Zivilgesellschaft hingegen fordert häufig, ebenso wie die ukrainische Regierung, Solidarität mit der Ukraine, statt an dem klassischen humanitären Prinzip der Neutralität festzuhalten. Russland als Kriegspartei verschärft diesen Konflikt, indem es humanitäre Prinzipien missachtet und nur eingeschränkten Zugang zu notleidenden Menschen in russisch kontrollierten Gebieten gewährt.

Humanitäre Hilfe befindet sich im Spannungsfeld von Neutralität und der Forderung lokaler Akteure nach Parteinahme

HILFE TROTZ INSTRUMENTALISIERUNG UND MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN? DAS BEISPIEL DER TALIBAN

Neben der Missachtung von humanitären Grundsätzen und der umstrittenen Neutralität humanitärer Hilfe gibt es ein weiteres Problem: die Instrumentalisierung humanitärer Hilfsleistungen durch Konfliktparteien beziehungsweise Regime, die massive Menschenrechtsverletzungen begehen. Ein besonders drastisches Beispiel stellt die Taliban-Herrschaft in Afghanistan dar.

Im August 2021 übernahmen die Taliban in Afghanistan die Macht und bauten sukzessive ein autoritär geführtes Emirats auf, in dem Frauen systematisch aus der Öffentlichkeit sowie von Erwerbstätigkeit und Bildung ausgeschlossen und ihre Rechte massiv verletzt werden. Zudem befindet sich Afghanistan, das politisch und wirtschaftlich isoliert ist, permanent am Rand einer humanitären Katastrophe: Subsistenzwirtschaft und Überweisungen von Exilafghan:innen sind die einzigen Einkommensquellen. Über die Hälfte der rund 23 Mio. Einwohner:innen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Größte Geber für humanitäre Hilfe sind die westlichen Staaten, vor allem die USA, die EU und Deutschland. Die vorige Bundesregierung brachte immer wieder eine Kürzung der humanitären Hilfe ins Spiel, um Druck auf die Taliban auszuüben. Die USA, die etwa 40 % der humanitären Hilfe bereitstellten, setzten mit dem Regierungsantritt von Trump 2025 die humanitäre Hilfe aus, was fatale Folgen für das Land hat.

Befürworter:innen der humanitären Hilfe heben hervor, dass das Retten von Menschenleben über politischen Erwägungen stehen müsse. Die Afghan:innen dürften nicht für die menschenverachtende Politik der Taliban kollektiv bestraft werden. Auch trage die internationale Gemeinschaft aufgrund ihrer Intervention 2001–2021 eine Mitverantwortung für die Situation in Afghanistan. Schließlich lautet ein Argument, dass über humanitäre Hilfe zivilgesellschaftliche Strukturen, die einen Gegenpol zur Herrschaft der Taliban darstellen, rudimentär aufrechterhalten werden könnten.

Kritiker:innen wenden dagegen ein, dass die Taliban die humanitäre Hilfe einkalkulieren, um Ressourcen für die Festigung ihrer Herrschaftsstrukturen freizusetzen. Damit unterstütze die humanitäre Hilfe indirekt den Machtausbau der Taliban. Eine weitere Kritik lautet, dass Afghanistan aufgrund der rückwärtsgewandten Politik der Taliban in einem permanenten humanitären Krisenmodus verharren würde; damit würde auch die humanitäre Hilfe zum Dauerzustand. Schließlich geraten die humanitären Organisationen (vor allem die der VN) in die Kritik, sie wollten aus bürokratischem Interesse an Selbsterhaltung eine komplexe humanitäre Logistik aufrechterhalten, die sie über die vergangenen Jahrzehnte in Afghanistan aufgebaut haben.